



Der stellv. Vorsitzende des
Ausschusses für Bürgerbeteiligung und
Netzpolitik
der Stadtverordnetenversammlung
Amt der Stadtverordnetenversammlung
E-mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de
Rathaus-Schlossplatz 6-65183 Wiesbaden
Telefon (0611) 31-3397
Telefax (0611) 31-3902
Sachbearbeiterin Elke Kessel
Wiesbaden, 16.10.2019

1. Den Mitgliedern des
Ausschusses für Bürgerbeteiligung und Netzpolitik
2. Den Fraktionen
3. Dem Magistrat
4. Nachrichtlich
Frau Stadtverordnetenvorsteherin

Einladung

zur öffentlichen Sitzung
des Ausschusses für Bürgerbeteiligung und Netzpolitik
am Dienstag, 22. Oktober 2019, um 17:00 Uhr,
Rathaus, Raum 318 (3. Stock), Schlossplatz 6, Wiesbaden

- Vor Eintritt in die Tagesordnung findet eine Bürgerfragestunde statt -

Tagesordnung

1. 16-S-00-0017
Wahl der/des Vorsitzenden
2. 16-S-00-0018
Wahl der/des stellvertretenden Vorsitzenden
3. Genehmigung der Niederschrift der Sitzung am 03.09.2019

4. 19-F-21-0045

Ausbau von kostenfreiem WLAN an öffentlichen Plätzen
-Antrag der Fraktionen SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen vom 07.10.2019-

Kostenfreies öffentliches WLAN ist zu einem der wichtigsten Standortfaktoren geworden. Genutzt von Touristen, Handel und Bürger*innen gleichermaßen.

Freies WLAN ist mittlerweile eine Selbstverständlichkeit in vielen Großstädten weltweit.

Bereits mehrfach war das freie WLAN in der Wiesbadener Stadtpolitik ein Thema. Zuletzt im Februar 2017. Damals hat sich das Stadtparlament mit breiter Mehrheit für den Ausbau von kostenfreiem WLAN an öffentlichen Plätzen ausgesprochen und dafür 50.000.-EUR im Haushalt 2018 / 2019 zugewährt.

Um den Ausbau zügig voranzubringen, müssen ggf. weitere Mittel im kommenden Haushalt veranschlagt werden.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird daher gebeten zeitnah zu berichten,

1. welche städtischen Gebäude/Plätze in Wiesbaden aktuell mit Antennen ausgestattet sind, über die Wiesbadener*innen und Gäste der Stadt WLAN Zugang haben und diese WLAN Spots anhand einer Karte graphisch aufzuzeigen.
2. welche Plätze bzw. Gebäude bis Ende 2019 noch angebunden werden.
3. an welchen Stellen die WALL AG zusätzlich freies WLAN anbietet.
4. welche Kosten für den bisherigen Ausbau entstanden sind und eine Einschätzung über die Höhe der anfallenden Kosten abzugeben, die für einen weiteren flächendeckenden Ausbau benötigt werden.

5. 19-F-20-0020

Digitale Überstellung der Magistratsunterlagen und Sitzungsvorlagen
-Antrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 06.09.2019-

Wiesbaden hat den Klimanotstand ausgerufen. Daher müssen alle Vorgänge daraufhin geprüft werden, ob es klimafreundlichere Alternativen gibt.

Zurzeit erhalten die Stadtverordneten wöchentlich mindestens die nichtöffentlichen Unterlagen per Bote zugestellt, dafür fährt der Bote einmal die Woche quer durch Wiesbaden. Durch eine digitale Überstellung aber können wir CO2 und kostbare Ressourcen wie Wasser beispielsweise, einsparen, die bei der Herstellung von Papier benötigt werden.

Die öffentlichen Sitzungsunterlagen sollten ohnehin nur noch digital und nur in Ausnahmefällen in Papierform überstellt werden. Dieses Vorgehen sollte dann auch auf die nichtöffentlichen Unterlagen für Stadtverordnetenversammlung und Magistrat ausgeweitet werden.

Eindeutige Identifizierungsverfahren wie verschlüsselte E-Mails, digitaler Personalausweis oder mit durch Passwort geschützte Bereiche gibt es bereits. Auch eine Lösung mit eigenen Tablets ist denkbar.

Durch die digitale Überstellung könnte aber auch die Nutzbarkeit insgesamt erhöht werden:

Gerade in der letzten Zeit war es auffällig, dass die verwendeten Grafiken in der Druckversion nicht erkennbar und damit für die Stadtverordneten unbrauchbar waren. In der digitalen Form dagegen können bunte Pläne in PDFs eingebunden werden.

Auch lässt sich nach einzelnen Seiten oder ganzen Vorgängen leichter in einem PDF suchen, als in den teilweise losen, weil nicht gehefteten Exemplaren, die durch den Boten zugestellt werden. Eine farbliche Absetzung des Papiers, so wie es derzeit gehandhabt wird, macht den Umgang mit den Unterlagen nur bedingt praktikabel.

Der Ausschuss für Bürgerbeteiligung und Netzpolitik möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

- I. zu berichten welche Kosten (Papiereinkauf, Druck und Auslieferung) der Stadt Wiesbaden durch die Überstellung der Unterlagen, sowohl öffentlicher als auch nichtöffentlicher Natur, in Papierform jedes Jahr entstehen und wieviel Papier dafür aufgewendet wird.
- II. die digitale Übersendung der öffentlichen Sitzungsvorlagen zur Pflicht zu machen und die Zustellung in Papierform nur noch als Zusatzoption zu ermöglichen. Dabei sollen die digitalen Unterlagen als durchsuchbare Dokumente zur Verfügung gestellt werden.
- III. zu prüfen mit welchen Verfahren sich eine sichere digitale Überstellung der nichtöffentlichen Unterlagen realisieren ließe.
- IV. die Kosten für diese Verfahren zu ermitteln und darzustellen.

6. 19-F-08-0076

Amt für Digitalisierung und Organisation

-Antrag der LINKE&PIRATEN Rathausfraktion Wiesbaden vom 16. Oktober 2019-

Bei der Einbringung des Haushalts für 2020/21 erklärte der Stadtkämmerer: „Angesichts der vielfach beklagten fehlenden zentralen Steuerung in unserer Verwaltung werden wir über die Schaffung eines Amtes für Digitalisierung & Organisation zu sprechen haben.“

Die LINKE&PIRATEN Rathausfraktion begrüßt diesen Vorstoß, insbesondere auch die Erkenntnis, dass IT Hand in Hand mit Organisation gehen muss. Vor dem Hintergrund der „Rekommunalisierung“ von WIVERTIS stellt sich die Frage, wer macht in Zukunft was?

IT kann ein Beitrag sein bei der Bewältigung des demografischen Wandels innerhalb der Verwaltung und der zunehmenden Problematik unbesetzter Stellen. Gesetzliche Anforderungen wie das Onlinezugangsgesetz werden fristgerecht zum Ende 2022 nur umsetzbar sein, wenn die Kompetenzen von IT-Management, WIVERTIS und Fachabteilungen neu geordnet werden.

Durch Beschluss 0010 wurde der Revisionsausschuss als federführend für den IT-Bereich festgelegt. Beratungspunkte, die eine stärkere Außenwirkung haben, werden jedoch vom Ausschuss Bürgerbeteiligung und Netzpolitik beraten.

Der Ausschuss für Bürgerbeteiligung und Netzpolitik wolle beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten,

1. wie viele Verfahren, die im Rahmen der Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes identifiziert wurden, von IT-M, WIVERTIS, Fachabteilungen bzw. Beteiligungen betreut werden,
2. wie weit die Überlegungen zur Schaffung eines Amtes für Digitalisierung und Organisation gediehen sind,
3. wie der Ausschuss für Bürgerbeteiligung und Netzpolitik in die Überlegungen einbezogen wird,
4. welche Fortschritte bei der Sicherung des Fachpersonals von WIVERTIS gemacht wurden.

7. 19-A-56-0004

Hessisches Plädoyer für ein solidarisches Zusammenleben
-Antrag des Ausländerbeirats vom 25.09.2019-

Der Ausländerbeirat bittet die Vertreter*innen des Stadtparlaments, die Erklärung „Die Würde des Menschen zu schützen ist Sinn der Demokratie - Hessisches Plädoyer für ein solidarisches Zusammenleben“ zu unterzeichnen, zu unterstützen und zur Unterzeichnung aufzurufen.

ANLAGE

8. 19-V-12-0002

DL 51/19-1

"Wiesbadener Leitlinien für Bürgerbeteiligung" - Evaluierung der Erprobungsphase

9. 19-V-01-0031

DL 55/19-1, 52/19-1

Maßnahmen zur Förderung des Bürgerengagements

10. 19-V-01-0032

DL 55/19-2, 52/19-2

LSBT*IQ-Koordinierungsstelle - Tätigkeitsbericht und personelle Aufstockung

11. 19-V-20-0040

DL 46/19-3

Investitionscontrolling 2019 zum Stichtag 01.08.2019

12. 19-A-56-0002

Berichterstattung Stabsstelle WIEB

13. Verschiedenes

Seite 5 der Einladung zur Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung und Netzpolitik am 22. Oktober 2019

Falls ein Ausschussmitglied an der Teilnahme verhindert sein sollte, wird um Weitergabe der Einladung gemäß § 62 HGO gebeten.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt der Ausschuss nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Seipel-Rotter
Stellv. Vorsitzender



Ausländerbeirat

Landeshauptstadt Wiesbaden, Amt 33, Postfach 39 20, 65029 Wiesbaden

Alcide-de-Gasperi-Str. 2, Gebäude 10003, 65197 Wiesbaden

Herrn Dr. Heimlich
Amt 16

Geschäftsstelle: Frau Howitsch

Zimmer Nr.: 214

Telefon: (0611) 31 - 44 29

Telefax: (0611) 31 - 39 46

E-Mail: auslaenderbeirat@wiesbaden.de

Datum und Zeichen Ihres Schreibens

330210 eh

Datum

02.10.2019

Antrag des Ausländerbeirates vom 25.09.2019

Sehr geehrter Herr Dr. Heimlich,

in seiner Sitzung vom 25.09.2019 hat der Ausländerbeirat dem o.g. Antrag des Vorstandes zugestimmt.

Wir bitten Sie, diesen Antrag an die Stadtverordnetenversammlung sowie den Magistrat weiterzuleiten.

Mit freundlichen Grüßen

im Auftrag

Elena Howitsch

Anlage

Antrag des Ausländerbeirates vom 25.09.2019

Erklärung „Die Würde des Menschen zu schützen ist Sinn der Demokratie - Hessisches Plädoyer für ein solidarisches Zusammenleben“

Unsere Öffnungszeiten:
Mo., Mi., Fr.: 08:00 - 12:00 Uhr
sowie Mi.: 14:00 - 18:00 Uhr

*Europaviertel -
erreichbar von der Bushaltestelle:
Willy-Brandt-Allee/Volkshochschule
Linien 5, 8, 15, 18

Sammelnummer und Auskunft: 0611 31-0

www.wiesbaden.de



Ausländerbeirat

Landeshauptstadt Wiesbaden, Amt 33, Postfach 39 20, 65029 Wiesbaden

Alcide-de-Gasperi-Str. 2, Gebäude 10003, 65197 Wiesbaden

Geschäftsstelle: Frau Howitsch

Zimmer Nr.: 214

Telefon: (0611) 31 - 44 29

Telefax: (0611) 31 - 39 46

E-Mail: auslaenderbeirat@wiesbaden.de

Datum und Zeichen Ihres Schreibens

330210 eh

Datum

02.10.2019

**Hessisches Plädoyer für ein solidarisches Zusammenleben
- Antrag des Ausländerbeirates vom 25.09.2019 -**

das Plenum des Ausländerbeirates. Wiesbaden hat am 25.09.2019 folgenden Antrag beschlossen.

Antrag

Der Ausländerbeirat bittet die Vertreter*innen des Stadtparlaments die Erklärung „Die Würde des Menschen zu schätzen ist Sinn der Demokratie – Hessisches Plädoyer für ein solidarisches Zusammenleben“ zu unterzeichnen, zu unterstützen und zur Unterzeichnung aufzurufen.

Begründung:

Mit der Erklärung „Die Würde des Menschen zu schützen ist Sinn der Demokratie – Hessisches Plädoyer für ein solidarisches Zusammenleben“ und Ihren 48 Erstunterzeichner*innen aus einem breiten Spektrum der Gesellschaft wird ein Zeichen gegen Diskriminierung und Hetze und für Vielfalt gesetzt.

Landeshauptstadt Wiesbaden ist eine offene Stadt, die bereits selbstverständlich gegen Rassismus kämpft und an der Weiterentwicklung der Demokratie arbeitet. Durch die Unterzeichnung wird dieses Engagement überregional noch deutlicher.“

Mit freundlichen Grüßen

Elena Howitsch

Geschäftsstelle des Ausländerbeirates

Anlage

Erklärung „Die Würde des Menschen zu schützen ist Sinn der Demokratie - Hessisches Plädoyer für ein solidarisches Zusammenleben“

Unsere Öffnungszeiten:
Mo., Mi., Fr.: 08:00 - 12:00 Uhr
sowie Mi.: 14:00 - 18:00 Uhr

*Europaviertel -
erreichbar von der Bushaltestelle:
Willy-Brandt-Allee/Volkshochschule
Linien 5, 8, 15, 18

Sammelnummer und Auskunft: 0611 31-0

Erstunterzeichner*Innen:

#HessischesPlädoyer

*Hessisches Plädoyer
für ein solidarisches Zusammenleben*

auf www.change.org/hessischesplaedoyer
oder per E-Mail an unterzeichnen@hessisches-plaedoyer.de

Kontakt: Hessisches Plädoyer c/o agah-Landesausländerbeirat, Ulrike Foraci, Kaiser-Friedrich-Ring 31, 65185 Wiesbaden

Die Würde des Menschen zu schützen ist Sinn der Demokratie

Hessisches Plädoyer für ein solidarisches Zusammenleben

„Wer aber vor der Vergangenheit die Augen verschließt, wird blind für die Gegenwart. Wer sich der Unmenschlichkeit nicht erinnern will, der wird wieder anfällig für neue Ansteckungsgefahren.“

Richard von Weizsäcker

1. Die Würde des Menschen zu schützen ist Sinn der Demokratie. „Die Menschenwürde ist unantastbar“ - dieser Grundsatz ist die erste und oberste Norm unseres demokratischen Staates. Er unterliegt einem absoluten Schutzgebot. Er ist Leitgedanke allen staatlichen Handelns und des gesellschaftlichen Zusammenlebens und ist nach allem, was durch Deutsche an Unmenschlichkeit und Hass geschehen ist, nicht verhandelbar. Es geht um das Recht auf Leben, auf körperliche Unversehrtheit und um Freiheit als Kern der Menschenwürde, aber auch um Gleichheit, Respekt und Teilhabe in unserer Gesellschaft. Unsere Unterschiede und unsere kulturelle Vielfalt begreifen wir als Chance und Reichtum.

2. Gegenwärtig findet eine dramatische politische Verschiebung statt. Rassismus und Menschenfeindlichkeit sind in erschreckendem Maße gesellschaftsfähig geworden. Was gestern noch undenkbar war und als unsagbar galt, wird derzeit Realität. Viele Teile Europas sind von einer nationalistischen Stimmung, von Ausgrenzung und Entsolidarisierung erfasst. Widerspruch wird gezielt als realitätsfremd diffamiert, solidarisches Handeln von einzelnen Regierungen kriminalisiert. Humanität und Menschenrechte, Religionsfreiheit und demokratischer Rechtsstaat werden offen angegriffen. Es ist ein Angriff, der uns allen gilt.

3. Wir treten für eine offene, demokratische und solidarische Gesellschaft ein und wollen den gesellschaftlichen Zusammenhalt auf der Grundlage von Menschenwürde, Menschenrechten und sozialer Gerechtigkeit fördern. Wir treten jeder Form von Demokratiefeindlichkeit, Hass, Hetze, Diskriminierung, Rassismus, Antisemitismus und Erniedrigung entgegen. Wir wollen noch stärker als bisher die Anerkennung von Verschiedenheit mit dem Engagement gegen Ungleichheit verbinden, in Deutschland, in Europa und weltweit.

4. Wir setzen uns ein für ein offenes, demokratisches und solidarisches Europa, das der zunehmenden sozialen Ungleichheit stärker als bisher entgegenarbeitet. Wir verteidigen das Recht auf Leben und das Recht auf Schutz und Asyl. Wir engagieren uns für ein Europa, das sich auch seinem kolonialen Erbe stellt und seiner Verantwortung für eine solidarische Weltgesellschaft gerecht wird. Gerade in der Zeit der Krise gibt es keinen anderen Weg als die Solidarität zwischen den Menschen.

5. Wir wollen beitragen zu einem zukunftsfähigen Verständnis unserer Demokratie, das sich für bisher ausgeschlossene Menschen öffnet. Wir wollen neu verhandeln, was ein gutes demokratisches Miteinander ausmacht – ohne zum Beispiel Menschen mit Flucht- oder Migrationsgeschichte auszuschließen. Wir setzen uns für eine demokratische und gewaltfreie Streitkultur ein. Und wir schreiten ein, wenn die Grenzen eines guten, fairen und demokratischen Miteinanders verletzt werden.

Wir verpflichten uns, einen Diskussionsprozess zur Weiterentwicklung unserer Demokratie anzustoßen und mitzutragen. Dabei stehen wir ein für Ehrlichkeit – auch gegenüber Fehlern, die im Miteinander einer sich schnell verändernden Gesellschaft gemacht werden.

Wir sehen dieses Hessische Plädoyer als Auftakt eines Prozesses. Wir wünschen uns, dass sich eine breite demokratische Mehrheit unseres Landes daran beteiligt.

Jetzt unterzeichnen!